



Landtag NRW Frank Sichau MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1  
44221 Düsseldorf  
Büro: E 6, C 89  
Tel. (0211) 884 - 0  
Tel. (0211) 884 – 2294 (Durchwahl)

Herne, 24. November 2005

### **Frank Sichau: SPD-Gesetzesinitiative stärkt den sozialen Wohnungsbau in Herne**

„Unsere Gesetzesinitiative zu einer grundlegenden Reform der Ausgleichsabgabe stärkt den sozialen Wohnungsbau in Herne. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass wir hier vor Ort festlegen können, welche Wohngebiete zur Ausgleichsabgabe festgelegt werden sowie an welchen Stellen die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe in den Wohnungsbau oder die Stadtentwicklung fließen.“ Das erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Frank Sichau. Er verwies darauf, dass bisher das Land über die Wohnquartiere entschieden habe, in denen die Ausgleichsabgabe gezahlt werden muss. Außerdem seien die Einnahmen bisher in einen Landesbetrieb geflossen, um sie dann wieder über das ganze Land zu verteilen. „Dieser Verwaltungsapparat hat so schon einen Teil des Geldes verschlungen“, argumentierte Frank Sichau. Nach dem SPD-Modell verblieben die Einnahmen in den Kommunen und diese könnten selbst darüber entscheiden, in welchem Stadtteil die Einnahmen in den Wohnungsbau investiert werden. „Hinzu kommt, dass das Geld auch für Maßnahmen in der Stadtentwicklung ausgegeben werden darf“, erläuterte der SPD-Politiker. Sollte die Gesetzesinitiative eine Mehrheit im Düsseldorfer Landtag finden, könnten beispielsweise über diesen Weg auch dringende Wohnumfeldverbesserungen mitfinanziert werden.

Die Ausgleichsabgabe, die früher als Fehlbeleger-Abgabe bezeichnet wurde, hat die Funktion, Subventionen bei Mietern von Sozialwohnungen zurückzufordern, die aufgrund zwischenzeitlich erfolgter Einkommenssteigerungen einer solchen Sozialwohnung nicht mehr bedürfen. Ihre Erhebung ist nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht nur zulässig, sondern zur Abschöpfung von nicht mehr benötigten Subventionsvorteilen „geboten“. Dies ist Ausdruck sozialer Gerechtigkeit, denn die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum von Anspruchsberechtigten ist groß – vor allem, da sich die Zahl der zur Verfügung stehenden Sozialwohnungen kontinuierlich verringert.

Ein weiterer wichtiger Punkt in dem SPD-Entwurf sei die sofortige Anhebung der Eingangsschwelle zur Erhebung der Ausgleichsabgabe von heute 20 Prozent auf 60 Prozent Übersteigerung der Einkommensgrenzen für den Anspruch auf eine Sozialwohnung, stellte Frank Sichau fest. „Dadurch werden alle, die zur Zeit bis zu 2 Euro pro Quadratmeter Ausgleichsabgabe zahlen, davon befreit. Das Geld bleibt den Mieterinnen und Mietern.“ Frank Sichau kritisierte in diesem Zusammenhang das Modell der CDU/FDP-Koalition, da sie diese Anhebung über viele Jahre strecken wolle, um dann die Ausgleichsabgabe letztendlich komplett abzuschaffen. „Das ist schwarz-gelbe Politik für Nordrhein-Westfalen: Der Staat unterstützt auf Zeit den Wohnungsbau für Wohlhabendere, die dann keinen Cent mehr dazu tun müssen. Das ist sozial ungerecht!“

Ulrich Glienke  
Mitarbeiter Pressearbeit